



Unser Wunsch für 1986:

Nein zur Militarisierung des Weltraums, damit der Himmel die Erde nicht zur Hölle macht!

Das Jahr 1985 geht zu Ende. Ein neues Jahr beginnt. Viele Familien sitzen zusammen, blicken zurück, denken an die Zukunft.

Mehr als in vergangenen Jahren ist Sorge eingekehrt. Es gibt Millionen Arbeitslose, der Sozialabbau schreitet fort, die „Wenderegierung“ versucht, das Streikrecht einzuschränken. Über allem aber steht die Sorge um den Frieden.

Viele fragen sich, werden die Kinder, die Enkel eine Zukunft haben?

Die Fragen nach der Zukunft der menschlichen Gesellschaft sind berechtigt.

Erst wenige Tage trennen uns heute von der Beendigung des Genfer Gipfels. Sehr deutlich wurde dort formuliert, daß es heute um Sein oder Nichtsein der menschlichen Zivilisation geht. Die Fragen von Krieg und Frieden, die Fragen des Überlebens sind ins Zentrum der Weltpolitik gerückt.

„Es ist die Zeit gekommen“, sagte Michail Gorbatschow, „da man angesichts der Gefahr eines generellen Atomtodes lernen muß, die große Kunst zu meistern, gemeinsam zu leben“.

Diesem großen Ziel im Wege stehen die Atomraketen und der Plan, mit SDI den Himmel zum Vorhof der Hölle zu machen. Die Kunst meistern, gemeinsam zu leben – das ist vor allem jetzt die Verhinderung der Bewaffnung des Weltraums, das ist die Beendigung des Wettrüstens, das ist Gewaltverzicht und die Schaffung Atomwaffenfreier Zonen mit dem Ziel, alle Atomwaffen abzuschaffen. Es ist erlaubt, zu träumen. Wie könnte unsere Erde aussehen, wenn es möglich wäre, die gewaltigen Ressourcen, die heute in die Rüstung fließen, dem friedlichen Aufbau zuzuleiten? Hunger in der Welt, Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, Obdachlosigkeit und Naturzerstö-

rung, alles das könnte überwunden werden, wenn wir lernten, die Kunst zu meistern, gemeinsam zu leben.

Machen wir uns aber dabei nichts vor. Bei der Bewältigung aller Aufgaben ist Engagement nötig. Jeder ist gefordert. Wenn wir nicht wollen, daß nun auch noch der Weltraum mit Waffen ausgefüllt wird, dann muß der Protest auch in unserem Land tausendfach anschwellen. Ohne Druck von „unten“ wird sich „oben“ nichts ändern. Das ist die Realität. Man muß sie aussprechen, gerade vor solchen Tagen wie Weihnachten, wo viel über den Frieden auf Erden gesprochen wird.

Ellen Weber
Vorsitzende der DKP Hessen

Allen unseren Lesern
wünschen wir
erholsame Feiertage,
Gesundheit und
ein friedliches 1986

Wird der „Wasserkopf“ noch größer?

Vor wenigen Monaten noch haben die hiesigen Grünen auf die SPD eingedroschen, die CDU dabei geschont – man mußte sich schon wundern.

Als die DKP dem Haushaltsplan 1985 zustimmte, bekam sie auch ihr Teil ab, von der GBL und von der CDU. Immerhin, bei der Zustimmung der DKP zum Haushalt wurde eine Menge für die Bürger herausgeholt. Ganz oben zu nennen zweifellos die Tatsache, daß es zwei Jahre keine Gebührenerhöhung in der Stadt gibt.

Nun steht ein neuer Haushaltsplan zur Verabschiedung – der GBL-Ton wird sanfter –, man will jetzt mit der SPD gemeinsam Politik durchsetzen. Voraussetzung aber, so die GBL, es gibt einen grünen Stadtbaurat.

Nun ist es keine Frage, hätten wir zu wählen zwischen SPD/GBL, CDU/GBL oder SPD/CDU, dann müßten wir natürlich der ersten Lösung zustimmen. Aber eines sagen wir auch deutlich, die Postenjägerei von CDU und GBL ist entschieden zu verurteilen. Wir brauchen nämlich überhaupt keinen dritten Hauptamtlichen. Die Verwaltung muß nicht noch mehr aufgebläht, der Wasserkopf nicht größer werden. Zwar verstehen wir die Grünen durchaus, wenn sie beklagen, daß Beschlüsse und Festlegungen im Rathaus oft endlos verzögert und verschleppt werden (wir können davon auch ein Lied singen). Ob das alles anders wäre mit einem weiteren hochbezahlten Stadtrat, wagen wir zu bezweifeln. Entscheidend bei der Durchsetzung von Forderungen bleibt nach wie vor der außerparlamentarische Druck. Wie sich auch immer die künftige Koalition gestalten wird, wir werden sie danach beurteilen, wie sie die Interessen der Arbeiter und Angestellten unserer Stadt berücksichtigt.

rh

Postenjägerei

Seit Jahren weiß man, die CDU ist scharf auf den Posten des hauptamtlichen Stadtrates. Aber auch die Grünen wollen nach wie vor an die Futterkrippe. Sie sagen es ganz deutlich: Wir stimmen dem Haushalt '86 zu, wenn wir ein hauptamtliches Magistratsmitglied erhalten. Die wenigsten Bürger, die das in der Zeitung lesen, haben allerdings eine Vorstellung davon, wie dieser „Posten“ zu Buche schlägt. Hier die Rechnung: Ein Stadtrat kostet pro Jahr ca. 125.000,- DM. Seine Vorzimmerkraft ca. 40.000,- DM. Auf sechs Jahre wird der Stadtrat gewählt, das sind zusammen 990.000,- DM. Mit ein bißchen „Drumherum“ kostet diese Aktion den Steuerzahler also rund eine Million DM. (Beiläufig, Mörfelden-Walldorf hat z. Zt. 22,8 Millionen Schulden (ohne die ca. 5 Millionen der Stadtwerke). Allein im nächsten

Jahr sollen weitere 4 Millionen DM aufgenommen werden.) Ob die „Postenjäger“ in der CDU und der GBL auch schon einmal daran gedacht haben, wieviel soziale Einrichtungen man für die Kosten eines weiteren „Hauptamtlichen“ schaffen könnte?

Kungelei

Da beißt die Maus keinen Faden ab: seit März '85 kungelten in unserer Stadt die „Grünen“ mit den „Schwarzen“. Konnte man zwar manchmal meinen, die Wahl eines CDU-Stadtvordnervorstehers sei ein einmaliger Ausrutscher gewesen, so ist die Realität leider anders. Obwohl die GBL ständig mit dem hohen Anspruch, „alle Verhandlungen werden öffentlich geführt“ hausieren geht, gab es jetzt erneut „vertrauliche Gespräche“ mit der CDU im Walldorfer Rathaus. Mit einer CDU wohlgeremter, die von einem stinkreaktionären Farbwerksdirektor geführt wird, und die bereit ist, morgen den Grünen wieder in den Arsch zu treten. Man kann es nicht fassen.



Wir wollen neue Mitglieder -

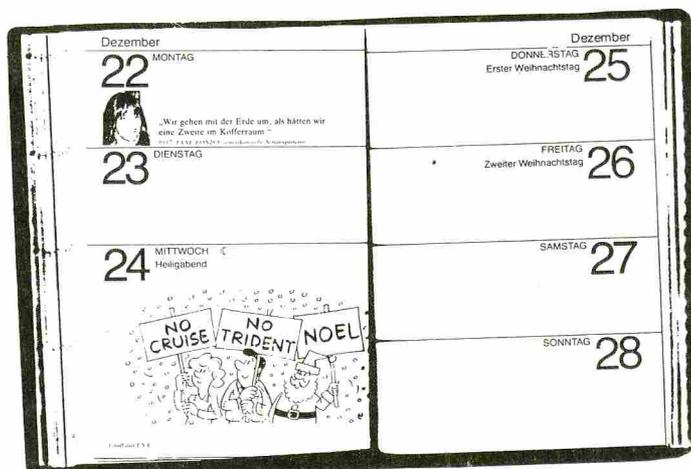
made with in der DKP!



Der neue Kalender „Wir Frauen '86“ ist erschienen!



Man kann ihn bekommen bei:
Waltraud Träger,
Hochstr. 6,
Telefon 2 32 55



Verteidigt das Streikrecht!

Die Einheitsgewerkschaften sind in Gefahr! Regierung und Großkapital wollen sie ausbluten. Die größte Kampforganisation der Arbeiterklasse soll in die Knie gezwungen werden. Regierung und Großkapital wollen die Umverteilung von unten nach oben zementieren und eine entscheidende Kraft des Widerstands blockieren.

Das steckt hinter der geplanten Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.

Mit einem Federstrich soll den Arbeitern ihr gutes Recht genommen werden, für das sie jahrelang Beiträge gezahlt haben. Gestrichen werden soll eine Bestimmung, nach der Arbeiter und Angestellte in allen nicht bestreikten Tarifbezirken Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben, wenn kalt ausgesperrt wird. Das bedeutet, daß mit einer unbegrenzten kalten Aussperrung und staatlicher Schützenhilfe durch Unterbindung jeder Zahlung aus der Arbeitslosenversicherung den Gewerkschaften Ausgaben aufgezwungen würden, die in kürzester Zeit ihre finanziellen Mög-

lichkeiten überschreiten. Das aber trifft entscheidend die Streikfähigkeit der Gewerkschaften.

In einer Zeit, in der jede Mark Lohn, jedes Recht, jede soziale Leistung ein Vielfaches an Kampf erfordert, in der eine wirksame Interessenvertretung mehr denn je den Einsatz der Kollegen verlangt, ist jeder Angriff auf das Streikrecht ein Angriff auf die Existenzgrundlage der Gewerkschaften, auf die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Die DKP lehnt mit aller Entschiedenheit jede Aushöhlung des Streikrechts ab. Der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes darf nicht angetastet werden.

Wir erklären uns solidarisch mit der IG Metall und allen DGB-Gewerkschaften, die in diesen Tagen mit einer Vielzahl von Aktionen den Kampf aufnehmen, die alles daran setzen, um den Anschlag auf die Gewerkschaften zu durchkreuzen.

Die Mitglieder unserer Partei werden in den Gewerkschaften, in den Betrieben und Büros mit großer Aktivität gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen, christlichen oder parteilosen Kolleginnen und Kollegen gegen die drohende Gefahr ankämpfen.

Die Angriffe auf das Streikrecht sind Teil eines umfassenden Angriffs auf unser aller demokratische Grundrechte und Freiheiten. Deshalb sind heute alle gefordert, wo immer sie stehen, für das solidarische Zusammenwirken aller Demokraten, für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Aktionen einzutreten, sei es in der Friedensbewegung, der Arbeitslosenbewegung oder in anderen demokratischen Bewegungen unseres Volkes.

Wir appellieren an die SPD, an GBL und Grüne, an die Kolleginnen und Kollegen der CDA: Handeln wir gemeinsam, üben wir Solidarität mit den Gewerkschaften.

Es geht um das Streikrecht, um die Abwehr der verfassungswidrigen Angriffe auf die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Es geht um einen Stopp der reaktionären Wendepolitik, es geht um die Durchsetzung einer anderen, einer besseren Politik.



Unser „blickpunkt“-Tip

**der
bp
tip**

**Ausschneiden
und
sammeln!**

Bestimmte Kinderkuren zahlt die Rentenversicherung

Auch Kuren für Kinder werden unter bestimmten Umständen von der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert. Kuraufenthalte können bewilligt werden, wenn zu befürchten ist, daß Folgeerscheinungen von Krankheiten die spätere Erwerbstätigkeit beeinträchtigen.

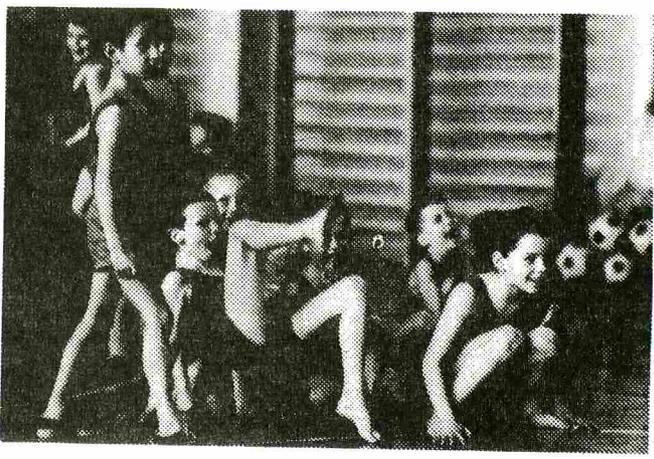
Reine Erholungskuren werden von den Versicherungen nicht finanziert. Die Dauer einer Kinderkur beträgt in der Regel sechs Wochen und ist nicht vom Zeitraum der Schulferien abhängig.

Von den Rentenversicherungen finanzierte Kuren für Kinder kann es bis zum sechzehnten Lebensjahr des Kindes geben. Bei Kindern, die in

der Schul- oder Berufsausbildung stehen, sogar bis zum 25. Lebensjahr.

Die Bedingung, um einen Kurantrag stellen zu können:

Ein pflichtversicherter Elternteil muß innerhalb der letzten zwei Jahre wenigstens sechs Monate Beiträge gezahlt haben oder insgesamt 180 Monate Versicherungszeit nachweisen können.



Wir werden immer ärmer

Der Stadtkämmerer Wilhelm Jourdan drückte es sehr deutlich aus, als er anlässlich der Einbringung des Haushaltes 1986 meinte: „Weinen könnte man angesichts der großen Lücke, die sich im kommenden Jahr zwischen Wunsch und Wirklichkeit auftut.“

Viele Vorhaben, schon seit Jahren von den Stadtverordneten beschlossen, warten auf ihren Beginn, und andere bereits begonnene Bauvorhaben ziehen sich sehr lange hin.

Die Einnahmen der Stadt werden geringer und die Abführungen bzw. Ausgaben erhöhen sich drastisch. So bleibt der Stadt Mörfelden-Walldorf nur noch die eine Möglichkeit, eine Darlehensaufnahme von 3,8 Millionen Mark im Haushaltsentwurf für 1986 vorzuschlagen. Aber auch damit wird nur das Notwendigste zu realisieren sein, denn gewaltige Einnahmevermindernungen und sehr große Ausgabenerhöhungen stehen der Stadt bevor.

Für so wichtige Vorhaben wie die Sanierung der Kläranlage, des Waldschwimmbades und der städtischen Wohnungen, sowie der Bau der Querspange und eines Alten- und Pflegeheimes müßte die Stadt 25 Millionen Mark aufbringen und der Stadtkämmerer meint, daß damit noch keine Straßendecke ausgebessert wäre.

Selbst bei kritischster Betrachtungsweise muß man sagen, daß die vorgenannten Projekte keine unnötigen Bauvorhaben sind.

● Über die Querspange, eine Verbindungsstraße zwischen der B44 (Frankfurter Straße) und dem Westring, über die Bahn in Höhe der Gesamtschule, als Entlastung für die Ortsstraßen, wird schon seit über 10 Jahren gesprochen und geschrieben.

● Das Mörfelder Waldschwimmbad muß unbedingt saniert werden, damit es nicht eines Tages ganz ausfällt. Im Interesse der Gesunderhaltung unserer Bürger ist ein weiterer Aufschub kaum zu vertreten.

● Für die Abwasserbeseitigung sind heute ungeheure Mittel erforderlich. Schärfere Bestimmungen wurden von jedem begrüßt, damit die Bäche und Flüsse wieder sauber werden. Nur sollten die Gesetzesmacher in Bonn auch

für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen sorgen, damit diese Arbeiten auch durchgeführt werden können. Für nicht ausreichend geklärte Abwässer, die in erster Linie die Walldorfer Kläranlage verlassen, zahlt die Stadt Mörfelden-Walldorf im nächsten Jahr voraussichtlich (als Strafe) 150.000 Mark an Abwasser-Abgaben. Als erster Schritt sind deshalb 2 Millionen DM im Entwurf des 86er Haushaltes bereitgestellt.

● Das seit langem sich im Gespräch befindliche Alten- und Pflegeheim wird sehr wahrscheinlich auch im Jahre 1986 nicht begonnen werden, da die Eigenmittel nicht ausreichen. So mancher unserer älteren Mitbürger wird deshalb leider noch mit Altenheimen in anderen Städten und Gemeinden vorlieb nehmen müssen.

● Es ist damit zu rechnen, daß das Bauvorhaben „Goldener Apfel“ im nächsten Jahr begonnen wird. Mit fast 1 Million Mark soll die Finanzierung des 1. Abschnittes (Scheune mit Museum) abgeschlossen werden.

Seit über 10 Jahren steht die Einrichtung eines Museums im Stadtteil Mörfelden auf der Tagesordnung. Die DKP-Fraktion hat ursprünglich den Antrag gestellt, und auch der „Blickpunkt“ hat mehrfach darüber befichtet.

Wenn eingangs erwähnt wurde, daß die Einnahmen der Stadt geringer werden und die Abgaben und Umlagen steigen, dann geht das aus einem Satz des Haushaltsplanes sehr deutlich hervor. Dort heißt es: „Es läßt sich jedoch schon heute erkennen, daß die Schlüsselzuweisungen sich um rund DM 200.000,- vermindern, die Kreisumlage um über 500.000,- DM und die Schulumlage um über 100.000,- DM ansteigen wird.“ Im Klartext bedeutet dies auf Anhieb 800.000,- DM weniger in der Stadtkasse. Hinzu kommen drastisch steigende Sozialkosten auf die Stadt zu, bedingt durch höhere Arbeitslosenzahlen, wodurch immer mehr Menschen unverschuldet in Not geraten und somit Besucher des Sozialamtes werden.

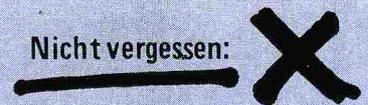
In den meisten Städten und Gemeinden in der BRD versucht man, mit Gebühren- und Beitragserhöhungen Lö-

cher zu stopfen. Die Kommunisten sagen schon von jeher, das ist der falsche Weg. Die Finanznot der Städte ist keineswegs ein Schicksalsschlag; sie ist das Ergebnis der konzernhörigen Regierungspolitik und der wahnsinnigen Rüstungsausgaben. Abgeordnete in Städten und Gemeinden müssen sich dagegen wehren, zu Erfüllungsgehilfen einer falschen Bonner Wendepolitik zu werden. Solange Steuerhinterziehungen durch Großkonzerne, wie jetzt wieder durch den Flickkonzern geplant, möglich sind, solange die Rüstungsausgaben nicht drastisch gesenkt werden, wird den Städten und Gemeinden das notwendige Geld für wichtige Ausgaben nicht zur Verfügung stehen.

Dank einer Politik der DKP-Fraktion in der letzten Legislaturperiode unseres Stadtparlamentes, die immer auf das Wohl der Bürger ausgerichtet war, gab es nicht nur 1985, sondern wird es auch 1986 keine Gebühren- und Beitragserhöhungen geben.

Heinz Hechler

Nicht vergessen:



URLAUBSPLANUNG '86

6. Juli bis 22. Juli
Kinderferien in der DDR

Kinder von 10 – 14 Jahren können in den Sommerferien für 120,- DM spannende erlebnisreiche Tage verbringen.

Da ist viel los: Spiele, Kinderfeste, Sport, Schwimmen, Wandern, Olympiade, basteln, Filme, Disco, Betriebsbesuche und vieles mehr. Wir lernen Kinder aus verschiedenen Ländern kennen, die außer uns auch in die schönen und billigen Feriencentren der DDR fahren.

Man kann sich toll erholen: Wir fahren in walddreiche Gegenden – prima geeignet für Geländespiele und das Kennenlernen der Natur. Es gibt Seen oder Schwimmbäder, wir wohnen in Bungalows. All das bringt spannende und erholsame Ferientage im Thüringer Wald oder der Mark Brandenburg.

Nähere Informationen bei:
Cornelia Hechler, Feldstr. 38, Tel. 1430
Barbara Birkwald, Bahnstr. 14, Tel. 71102

Adam Denger wurde 86

Adam Denger. Einer der bekanntesten Mörfelder Gewerkschafter wurde am 23. November 86 Jahre alt.

Adam Denger wurde in Reichelsheim/Odenwald geboren. Er erlernte den Beruf eines Drehers. Nach Mörfelden kam er im Jahre 1927. Mit 14 Jahren kam er zur Arbeiterjugendbewegung. Seit dem Jahr 1918 ist er Mitglied der Gewerkschaft. Zur KPD kam er schon bald nach der Gründung im Jahre 1919.

Vor 1933 war er schon Betriebsrat bei den „Frankfurter Armaturenwerken“. In Mörfelden war um diese Zeit (1928 – 33) Vorsitzender der Metall-Gewerkschaft. Gewerkschaftlich aktiv war er damals ebenfalls im Mörfelder Ortskartell.

Beim Bau des Mörfelder Volkshauses war Adam Denger von Anfang an aktiv beteiligt – wie viele Mörfeldern Kommunisten hat er viele freiwillige Arbeitsstunden geleistet und durch Spenden zur Finanzierung beigetragen.

Nach der Machtübernahme des Hitler-Faschismus war Adam Denger vielen Repressalien unterworfen. Er war sieben Mal verhaftet, lernte Hausdurchsuchungen, Verhöre und Folter der Nazigefängnisse kennen. Nach seiner Entlassung erklärten ihn die Nazis für „wehrunwürdig“. Dieser „Unwürdige“

gehörte nach 1945 zu den Männern, die „den Karren wieder aus dem Dreck zogen“.

Adam Denger war aktiv in der Kommunalpolitik, baute die Gewerkschaftsarbeit in Mörfelden auf und war auch auf Kreisebene führend am Aufbau beteiligt. Von dieser Zeit an, war er bis zum Jahre 1966 Vorsitzender des DGB-Ortskartells Mörfelden. Auf seine Initiative wurde Mörfelden beispielgebend in der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai. Besonders die Vorbereitung durch das alljährliche „Mörfelder Maikomitee“ ist dabei hervorzuheben. 1. Mai-Veranstaltungen ohne Adam Denger waren in Mörfelden einfach nicht denkbar.

An seinem Arbeitsplatz galt Adam Denger als ein mutiger, korrekter und klassenbewußter Vertreter seiner Kollegen. Er arbeitete u.a. bei T & N und wurde dort lange Jahre zum Betriebsrat, Delegierten und Vertrauensmann gewählt. Unzähligen Menschen hat er in seinem Leben geholfen, er dachte stets an seine Kolleginnen und Kollegen, an seine Mitbürger.

Adam Denger, in den fünfziger Jahren auch aktiv im Mörfelder Friedenskomitee, äußerte bei unserem Besuch seinen größten Wunsch: „möge unsere Heimat und der Welt der Friede erhalten bleiben.“

Wir wünschen unserem Adam Gesundheit und kämpfen dafür, daß sein Geburtstagswunsch in Erfüllung geht.

DKP MÖRFELDEN



Mitglied
werden
in der
Arbeiterpartei
DKP.

Ruf mal an:
3859
oder 24270.

Naturschutz nur,
wenn es sich lohnt?

.....

Wird Baden gefährlich?

Glück hatten die Bürger und die Rathaus-Verantwortlichen in diesem Jahr, daß die Temperaturen während des vergangenen Sommers niedrig waren. Denn sonst hätte es passieren können, daß das Wasser im Waldschwimmbad „umgekippt“ wäre. Wie bekannt, können die verschärften Grenzwerte der Wasserhygiene schon seit einiger Zeit nicht mehr erreicht werden. Grund ist die dringende Sanierungsbedürftige Umwälzanlage. Außerdem ist der Kleinkinderbereich überhaupt nicht an die Aufbereitungsanlage angeschlossen.

Dies wäre eigentlich Grund genug, daß Magistrat, Kommission und Parlament gefordert wären, eilig die Sanierung durchzuführen. Auch der nötige Druck auf die Bezuschussung durch Wiesba-

den sollte erfolgen. Doch man hat die vorliegenden Konzepte noch nicht abschließend durchdiskutiert, ist sich über den Kostenrahmen noch nicht einig, welche Attraktivitäten soll man einbauen, welche evtl. später, soll der Umkleidetrakt neu gebaut oder nur renoviert werden usw.? Dabei liegen die Pläne z.T. schon seit 1982 auf dem Tisch. Seit dieser Zeit weiß man über den schlechten Zustand der jetzigen Anlage, weiß über die Nichteinhaltung der Grenzwerte.

Doch nun liest man in der Presse, daß im kommenden Jahr wieder nur die alte Anlage zur Verfügung steht. Nun weiß man ja, daß behördliche Mühlen langsam mahlen, doch aus Verantwortung gegenüber der Gesundheit unserer Bürger sollte man auf Querelen und Profilierungssüchteleien verzichten und bald zur Tat schreiten. Der nächste Sommer kommt bestimmt und vielleicht bringt er auch Badetemperaturen.

R.D.

Bis vor kurzem stand auf dem Festplatz in Mörfelden ein Container, in den man Papier, Blechdosen und Glas einwerfen konnte. Zwar deuteten die Einwurflöcher auf getrennte Einsammlung, doch ein neugieriger Blick in den Behälter zeigte, daß alle drei genannten Stoffe in einen Großraum fielen, weil er nicht unterteilt war. Nun ist der Sammelcontainer für Recyclingstoffe wieder verschwunden, und es war zu hören, daß die Firma, die diese Stoffe sammelt und wieder verkauft, kein Interesse mehr hat, weil es keinen genügend großen Markt gäbe und der zu erzielende Preis keinen Gewinn garantiere. Naturschutz ist also immer noch von der Gewinnerwartung abhängig oder muß von der Allgemeinheit subventioniert werden. Ein simpler, logischer kapitalistischer Vorgang, der zeigt, wo die Grenzen in diesem Wirtschaftssystem für die Erhaltung der Umwelt liegen.

R.D.

Genf – und wie weiter?

**Was haben die
Genfer Gespräche gebracht?
Ist der Frieden jetzt sicherer?**

**Wird die Rüstung
im Weltraum verhindert?**

Diese Fragen beschäftigen heute Millionen Menschen auf der Welt. Aus vielen Gesprächen wissen wir, daß auch viele Bürger unserer Stadt in großer Sorge an die Zukunft denken. Gerade in diesen Tagen fragt man sich oft, bleibt der Frieden erhalten, werden unsere Kinder, unsere Enkel, eine Zukunft haben? Deshalb ist es auch ganz natürlich, daß die Menschen mit großem Interesse, mit Friedenssehnsucht nach Genf blickten.

War Genf ein Erfolg?

Wie kann man heute, Wochen nach dem „Gipfel“ die Ergebnisse einschätzen?
Erstmals seit 7 Jahren haben wieder die Spitzenvertreter der Sowjetunion und der USA über die dringenden Fragen der Sicherung und Erhaltung des Friedens gesprochen. Dabei wurden die Gegensätze zwischen diesen Staaten deutlich. Doch es wurde auch deutlich, daß Schritte in Richtung Entspannung möglich sind. Dies zeigt die abschließende Erklärung.

**Noch gestern sprach Reagan
vom „gewinnbaren
Atomkrieg“**

Am bedeutungsvollsten sind sicherlich die Aussagen, die in Richtung Sicherung des Friedens gehen: so die beiderseitige Feststellung, daß ein Atomkrieg nicht gewinnbar ist; daß beide Seiten nicht die militärische Überlegenheit anstreben; daß Verhandlungen zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum beschleunigt geführt werden sollen.

Das alles ist ein Abrücken von früheren US-Theorien, die einen Kernwaffenkrieg für „gewinnbar“ hielten. Die Entspannungsoffensive der Sowjetunion konnte hier, in Übereinstimmung mit allen Friedenskräften einen Fortschritt erzielen.

Deshalb sind wir auch der Meinung, daß die Genfer Gespräche als Schritt in die richtige Richtung ein Erfolg waren. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, daß damit die Gefahr einer Verstärkung der Kriegsgefahr nicht ge-

bannt ist. Die Pläne der USA, durch die sogenannte „Strategische Verteidigungsoffensive (SDI)“ die Fähigkeit zu einem erfolgreichen Erstschlag gegen die Sowjetunion zu erringen, liegen leider immer noch auf dem Tisch. Deshalb wird die in Genf erklärte US-Bereitschaft zu Verhandlungen nur dann Wirklichkeit, wenn der Druck gegen SDI auch in der Bundesrepublik noch viel größer wird.

Deshalb ist die Friedensbewegung auch in unserer Stadt, sind alle am Frieden Interessierten gerade nach den Genfer Gesprächen gefordert, verstärkt gegen die SDI-Pläne aktiv zu werden.

Druck verstärken!

Wir meinen: Jetzt ist die Verantwortung der Regierung der Bundesrepu-

blik besonders groß. Jetzt müssen Zeichen gesetzt werden, die beweisen, daß die Bundesrepublik den begonnenen internationalen Dialog konstruktiv fördern, die Signale für bessere Beziehungen zwischen Ost und West unterstützt und wirklich dazu beitragen will, „Frieden mit weniger Waffen zu schaffen“. Die Bundesregierung sollte bei der USA-Regierung dafür wirken, daß im Sinne der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West eine Rüstung im Weltraum verhindert und das Wettrüsten auf der Erde gestoppt wird. Die Bundesregierung muß eindeutig Nein zu einer Beteiligung an SDI sagen.“

Um diesen Zielen zum Erfolg zu verhelfen, ist mehr Druck erforderlich. Die Aufklärung der Bevölkerung über die wahren Ziele von SDI ist nötig. Diese Aufgabe muß auch in unserer Stadt von vielen Organisationen gemeinsam angegangen werden. Die Zeit drängt. rh



Sympathie bei den Bundesbürgern

Mit einer Meinungsumfrage in Zusammenhang mit dem Genfer Gipfel hat das Fernsehmagazin „Monitor“ das Emnid-Institut beauftragt. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie die beiden Spitzenpolitiker im persönlichen Vergleich bei den Bundesbürgern abgeschnitten haben. Monitor: „Wir fragten: Wer ist sympathischer – Reagan oder Gorbatschow?“ Das Ergebnis: „Nur 23 Prozent votierten für Reagan, aber 32 Prozent stimmten für Gorbatschow.“

Eine andere Frage: Welche der beiden Politikerfrauen machte einen besseren Eindruck? Monitor: „46 Prozent entschieden sich für Raissa Gorbatschow, 12 Prozent für Nancy Reagan.“ Das Fazit von Monitor: „Noch nie hatte ein Sowjetführer einen so hohen Sympathiewert bei den Deutschen.“

Die Umfrage ergab übrigens auch, daß 53 Prozent der Bundesbürger glauben, der Gipfel werde helfen, das Wettrüsten zu bremsen.

Frauen in die Bundeswehr? Nein danke!

Immer mal wieder kommt die Frage Frauen zur Bundeswehr erneut zur Diskussion.

Vor kurzem äußerte sich dazu der Präsident des obersten Verfassungsgerichtes der Bundesrepublik, Zeidler. Er meinte: „In dem Maße, in dem Frauen die Gleichberechtigung nicht nur nach dem Gesetz“, sondern auch „in der sozialen Wirklichkeit“ erhielten, müßten sie „in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ihren gleichrangigen Anteil am Waffentragen, an der Gestaltung der bewaffneten Streitkräfte“ leisten. Dies ausgerechnet aus dem Munde vom Verfassungsgerichtspräsidenten zu hören, sollte uns aufhorchen lassen. Dieser Mann müßte eigentlich am besten wissen, daß nach Artikel 12 des Grundgesetzes der Dienst von Frauen an der Waffe verboten ist.

Aber auch er redet von Gleichberechtigung und stimmt damit mit den CDU-

Politikern überein, die meinen, Gleichberechtigung sollte auch den Dienst an der Waffe beinhalten. Sie meinen, daß Frauen sich durch den Dienst in der Bundeswehr emanzipieren könnten. Sie sollen einen Beitrag zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit leisten und qualifizierte Berufe anbieten.

Ich meine, daß durch Abrüstung und die damit freiwerdenden finanziellen Mittel, Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Daß diese Gelder im sozialen Bereich, für Kinderkrippen und -gärten, für Schulen investiert werden müssen. Dies sind Voraussetzungen, den arbeitenden Frauen vieles zu erleichtern.

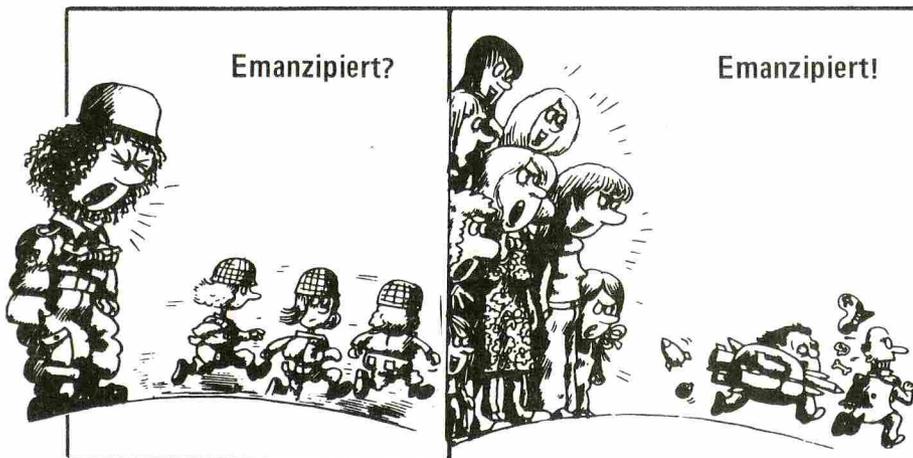
Wir brauchen Gleichberechtigung im beruflichen Leben, den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Und vor allem brauchen wir den Frieden.

Die Forderung „Keine Frauen in die Bundeswehr“ muß immer verbunden werden mit den Forderungen nach Abbau der stationierten atomaren Mittelstreckenraketen und der Verhinderung der Militarisierung des Weltraums. Dafür gilt es einzutreten und aktiv zu werden. Friedl Küspert

Nicaragua braucht unsere Solidarität

Ein gutbesuchter und eindrucksvoller Informationsabend organisierte die DKP am 27. 11. im Bürgerhaus zum Thema: „Nicaragua braucht unsere Solidarität“. Der Referent des Abends, Otto Wagner, DKP-Kreisvorsitzender in Frankfurt/M., war Mitglied der Arbeitsbrigade „Carlos Fonseca“, die in Nicaragua eine Druckerei für den dortigen Jugendverband erstellte. Mit Lichtbildern wurde dokumentiert, welche schwierige Aufgabe es war, einen technischen Betrieb vom Spaten bis zur letzten Schraube in ein Land zu transportieren, das noch ein Entwicklungsland ist. Die Fachkräfte für den Betrieb wurden gleichzeitig dort ausgebildet, so daß nach Inbetriebnahme der Maschinen auch von einheimischen Arbeitskräften das Unternehmen selbständig läuft. Eingehend auf die schwierige Lage sechs Jahre nach der erfolgreichen Revolution gegen das Somoza-Regime, schilderte der Referent die Bedrohung durch konterrevolutionäre Söldner aus den Nachbarstaaten. Bekanntlich werden die „Contras“ von den USA militärisch und finanziell unterstützt, damit Nicaragua nicht eine Signalwirkung für ganz Lateinamerika erhält. Denn die großen US-Konzerne sehen ihre Macht im „Hinterhof der USA“ in Gefahr.

Eindrucksvoll schilderte Otto Wagner, was die junge Revolution trotz der schwierigen Umstände in den sechs Jahren erreichte: Die Analphabetenquote ist von 60 auf 13 % gesenkt worden, ein Gesundheitswesen wurde organisiert, die Säuglingssterblichkeit wurde drastisch reduziert und hat die niedrigste Rate hinter Kuba in ganz Mittel- und Südamerika, es verhungern keine Menschen mehr. Die Arbeitslosigkeit ist zum Fremdwort geworden... Trotzdem ist Nicaragua ein armes Land. Ca. 50 % des Landshaushaltes fließt in die Rüstung, die notwendig ist, um die Revolution zu verteidigen. Aber die USA führen nicht nur militärische Aktionen durch, sondern wollen Nicaragua auch wirtschaftlich ruinieren, Die Behinderung und Vernichtung der Kaffee- und Baumwoll-Ernte, die Erschwerung des Handels durch Unter-Druck-Setzen der Handelspartner, das Praktizieren der Blockade und vor allem die Verleumdungskampagne, des psychologischen Krieges, sind die Waffen der US-Regierung gegen das 3-Millionen-Volk Nicaragua. Die Solidarität und praktische Hilfe der ganzen Welt ist notwendig, um dieser Bedrohung zu begegnen, Nicaragua ist auf die Hilfe angewiesen. So wurde im Anschluß an die Veranstaltung die Spendenbüchse „gestopft“ und Nicaragua-Kaffee gekauft. R.D.



Früh pensionäre in der Bundeswehr

Jetzt ist es also so weit, 350 Offiziere der Bundeswehr gehen in Frühpension. Diese 350 Offiziere sind die ersten von insgesamt mehr als tausend. Sie gehen gut gepolstert ins Rentnerleben. Bis zu 40.000 DM Abfindung und einer Pension von 70 % ihrer letzten Bezüge. Unter einem Pensionär stellt man sich eigentlich Männer im Rentenalter vor. Aber diese Offiziere sind zwischen 40 und 50 Jahre alt. Also ein Alter, wo ein Arbeiter noch 25 Jahre Maloche vor sich hat!

Das Gesetz, das im Sommer im Bundesrat verabschiedet wurde, regelt außerdem noch, daß diese Frühpensionäre ins „normale“ Berufsleben zurückkehren können. Und das heißt für diese Offiziere, Oberstleutnants und Majore sicherlich nicht, am Band bei Opel zu stehen, sondern Vorstandsposten, Stellen in Verwaltungen, wo nochmal entsprechend dazu verdient wird.

Nach den Plänen des Verteidigungsministers Wörner sollen davon 10.000 Frühpensionäre der Bundeswehr mit diesen gewaltigen Geldgeschenken bedacht werden. Das alles kostet den Steuerzahler mehrere Millionen Mark. Und warum das alles? Nur um jünge-

ren Berufsoffizieren Platz zu machen, für eine Karriere in der Bundeswehr. Ich finde dies einen Skandal. In Anbetracht von Millionen von Menschen in unserem Land, die am Existenzminimum leben, von Rentnern, die die Mark zweimal rundrehen müssen, Arbeitslosen, die keine Chance haben, mit 40 oder 50 Jahren wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden, ist es ein Hohn, daß dieses Land sich solche Frühpensionäre „leisten“ kann.

Friedl Küspert



Mörfelden gestern

Starke Theatergruppen hatte man in den Vereinen vor 60 Jahren. Oft wurden die Stücke um die Weihnachtszeit aufgeführt und man war mit großem Engagement und Begeisterung dabei. Manchmal wurden, wegen der zu kleinen Säle, mehrere Aufführungen notwendig. Trotz großem Bemühen konnten wir über das obige Bild keine näheren Auskünfte erhalten. Uns würde interessieren, wann das Theaterstück gespielt wurde und wie der Titel hieß. Auch interessiert die Gruppe selbst, war es auch diesmal wieder die Theatergruppe der „Freien Turn- und Sängervereinigung Mörfelden“? Zwei Teilnehmer konnten wir erkennen, und zwar Artur Wolf (ehemaliger Bürgermeister) mit der Geige und rechts unten sitzend Eva Schaffner, geb. Schellhammer. Vielleicht sind noch weitere Mitspieler bekannt.

Die „blickpunkt“-Redaktion ist dankbar für jeden Hinweis und freut sich über Ihren Anruf oder Ihre Zuschrift an: Heinz Hechler, van-Dyck-Straße 48, 6082 Mörfelden-Walldorf, Telefon 3335. Außerdem sind wir ständig interessiert an alten Fotografien, die wir nur kurze Zeit zur Reproduktion benötigen. Sie erhalten diese Fotos nach wenigen Tagen wieder unbeschadet zurück.